



GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Feindbild findet Massenbewegung

Der langjährige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) wusste es schon 1988: Es droht die Gefahr einer „durchmischten und durchrassten Gesellschaft“. Thilo Sarrazin (SPD) schrieb 2010, die „islamische Immigration“ sei geprägt durch „fordernde, den Sozialstaat in Anspruch nehmende, kriminelle, andersartige, frauenfeindliche Einstellungen mit fließenden Übergängen zum Terrorismus.“ Davon sind die Reden Michael Mannheimers nicht weit entfernt. Der als „Rechtspopulist“ verharmloste Rassist konnte in den letzten Jahren in Fußgängerzonen üben, wie sich am besten gegen den Islam, Flüchtlinge und die angebliche „Zersetzung des deutschen Volkskörpers“ agitieren lässt und entwickelte sich durch Beiträge auf dem rassistischen Blog PINews. Ganz ähnlich wie Michael Stürzenberger, der Chef von Bagida, dem inoffiziellen bayerischen PegidaAbleger.

Beide sind nun als Redner bei einem Aufmarsch von Nazi-Anhängern und weiteren faschistischen Kräften in Frankfurt/Main am 20.6. vor vielleicht zweihundert Teilnehmern aufgetreten. Die Hetzer von der Straße formulierten ganz ähnlich wie der „Welt“Autor Henryk M. Broder und andere mit Preisen ausgezeichnete Autoren den Kern der neuen nationalistisch-rassistischen Ideologie: „Wir wollen keine intolerante, präzivilisatorische Religion auf deutschem Boden.“ Am Feindbild Islam arbeiteten auch Minister und Kirchenvertreter fleißig, sodass Menschen an Terror denken und Angst kriegen, wenn sie eine Frau mit Kopftuch sehen.

Als im Oktober 2014 über 5 000 „Hooligans gegen Salafisten“ durch Köln zogen und wenig später die PegidaSpaziergänge Tausende mobilisierten, wurde sichtbar: Dieses von oben aufgebaute Feindbild hat eine Massenbewegung gefunden. Gewalttätige Hooligans von Hogesa und scheinbar „brave Bürger“-Demos stellen NaziHools, die sich

teilweise als „moderne SA“ verstehen. Zahlreiche Redner der PegidaGruppen sprachen bei HogesaDemos. Michael Stürzenberger hielt dabei einen Koran hoch und fragte die Menge, was man damit machen müsse. Diese antwortete: „Anzündeln!“

Der 20. Juni ist von der Anmelderin Ester Seitz und ihrer Gruppe „Widerstand OstWest“ als Auftakt zu einer „patriotischen Bewegung“ im Westen Deutschlands gedacht. Dafür sollen alle kommen, eben auch die NaziHools. Es bleibt abzuwarten, ob mit „Widerstand OstWest“ der Aufbau einer Massenbewegung, wie sie im Osten mit Pegida gelungen ist, klappt.

Und auch wenn Göttingen selbst sich gegen solches Pack noch immer gewehrt hat, gibt es für uns hier kein Grund zur Sorglosigkeit. Ein Blick in nähere Umland (Uslar, Northeim, Bad Lauterberg, (...)) zeigt uns, wie es ohne einen entschlossenen Widerstand quer durch viele Schichten der Gesellschaft aussieht.

Die Formierung dieser neuen und gefährlichen Bewegung wird vom Staat unterstützt. Die Polizei garantiert das Auftreten in Innenstädten, Sigmar Gabriel (SPD) attestiert ein „Recht darauf, deutschnational zu sein“. Die sächsische Landeszentrale für politische Bildung organisierte Presseräume, ihre Website und Veranstaltungen fördern Verständnis für Pegida und deren Positionen.

Während sich Neofaschisten formieren und Anhang gewinnen, verstärkt der Staat seine Angriffe auf die Rechte der Bevölkerung. Die Einschränkung des Streikrechts durch die sogenannte „Tarifeinheit“, die Möglichkeit, den Personalausweis zu entziehen, die von der SPD-Basis durchgewunkene Vorratsdatenspeicherung, der Aufbau einer speziellen „AntiTerrorEinheit“ der Bundespolizei:

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Feindbild	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKENiedersachsen	7
Grobian	8
GöLinke Ratsinfo	9
DIE LINKE. Europabüro	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
TTIP und die SPD	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2015
ist der 21. August.
Auslieferung am 27. August.

Die Bourgeoisie wappnet sich gegen die Arbeiterklasse. Für die Ausweitung der Kriegsführung, für die Abwälzung der Krisenlasten sorgt der bürgerliche Staat durch eine reaktionäre, aggressive Bewegung und den Umbau des Staatsapparats vor.

Wir stehen sicher nicht vor der Errichtung einer faschistischen Diktatur, Dimitroff formulierte aber die Bedeutung des Kampfes gegen alle dahin gehenden Tendenzen: „Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluss fasst, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. (...) Wer in den Vorbereitungsstapen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“

* Quelle UZ / Redaktionell bearbeitet.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

„Vollständige Rückzahlung der Mordeinnahmen aus NS-Massen- deportationen jetzt“

In einem gemeinsamen Schreiben haben sich die deutsche Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ und die Jüdische Gemeinde von Thessaloniki an den Vorstand der Deutschen Bahn AG (DB AG) gewandt. Die DB AG wird aufgefordert, sämtliche Einnahmen aus den antisemitischen Massendeportationen im besetzten Griechenland „vollständig zu kompensieren“, da die DB AG historische Erbin der NS-Reichsbahn ist.

Die NS-Reichsbahn verschleppte 1943 über 58.000 griechische Juden in die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka, darunter mindestens 12.000 Kinder und Jugendliche. Die Opfer wurden dem sofortigen Tod in

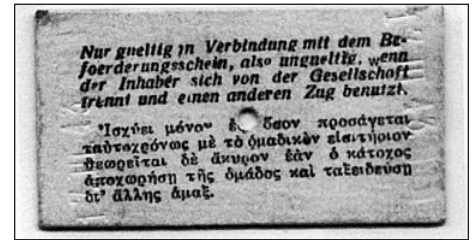


den Gaskammern ausgeliefert; nur wenige überlebten.

Für die Todesfahrten stellte die Reichsbahn mindestens 570 Güterwagen bereit, um die jüdischen Einwohner von Thessaloniki den Massenmorden zuzuführen. Weitere kriminelle Transporte galten den jüdischen Gemeinden von Kreta, Korfu, Rhodos und Ioannina.

Ihre Mordbeihilfe ließ sich die Reichsbahn bezahlen. Das staatseigene Unternehmen nahm von den Opfern und deren Vertretungskörperschaften mindestens 2,3 Millionen Reichsmark ein, heißt es in dem gemeinsamen Schreiben an den DB-Vorstandsvorsitzenden Rüdiger Grube.

Dies entspräche nach heutiger Kaufkraft und einschließlich der seit 1943 aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 2,5% einem kumulierten Gesamtbetrag von 89.455.280,- Euro. Er müsse der Jüdischen Gemeinde von Thessaloniki, der rechtmäßigen Vertretung der Ermordeten, vollständig und ohne Umwege zurückgezahlt werden. [...]



Fahrkarten von Thessaloniki ins Vernichtungslager Auschwitz
(Quelle: Staatliches Museum Auschwitz)

Weitere Hinweise des Schreibens gelten dem international tätigen DB-Tochterunternehmen „DB Schenker“, das auch in den USA tätig ist, ohne dort wegen seiner Vergangenheit bisher beachtet worden zu sein. „DB Schenker“ ist Nachfolgerin der NS-Firma „Schenker“, die an den Plünderungen jüdischen Eigentums im besetzten Europa maßgeblich beteiligt war, auch in Thessaloniki. Die entsprechenden Einnahmen hat „Schenker“ nie zurückgezahlt.

Der „Zug der Erinnerung“ und die Jüdische Gemeinde von Thessaloniki hoffen im 70. Jahr nach der Befreiung Europas von der NS-Barbarei auf eine einvernehmliche Übereinkunft mit der Deutschen Bahn AG und der Bundesregierung.

Um der erhofften Übereinkunft Nachdruck zu verleihen, ruft der „Zug der Erinnerung“ die internationale Zivilgesellschaft auf, „Partei für die griechischen Opfer zu ergreifen“ und „in einem gemeinsamen Appell die bedingungslose Rückzahlung der Schulden öffentlich einzufordern.“

Dazu ein aktueller Spenden- und Unterstützungsaufruf vom „Zug der Erinnerung“ (www.zug-der-erinnerung.eu):

[...] An erster Stelle steht ein Beweissicherungsverfahren, das wir dringend realisieren wollen:

In den griechischen Archiven liegen Dokumente der NS-Besatzer, die den kriminellen Geldfluss für die Reichsbahn-Deportationen von Thessaloniki nach Auschwitz nachvollziehbarer machen. Die Reichsbahn ließ sich ihre Mordbeihilfe von den Opfern bezahlen und gab Fahrkarten aus. Über 50.000 griechische Deportierte (darunter zahlreiche Familien und insgesamt 12.000 Kinder) wurden mit „Gruppentarifen“ in den Tod geschickt.

Glaubt man der Deutschen Bahn AG, ist das Blutgeld im Nichts verschwunden: Laut DB fehlt es für die Millionensummen an „Belegen“. Die Fahrten nach Auschwitz seien nur „pro forma“ in Rechnung gestellt worden („Es gibt keine Hinweise, dass tatsächlich auch Geld geflossen ist.“ Wörtliche Stellungnahme der DB AG in der ARD-Dokumentation „Das Erbe der Bahn“. Sendung am 20.10.2014.) - Rückzahlungspflichten an die Überlebenden oder die Nachkommen der Opfer bestünden also nicht.

Eine erbärmliche Schutzbehauptung. Die Tätererben verschanzen sich hinter angeblichem Nichtwissen. Das Milliarden-Unternehmen DB AG und die Bundesregierung überlassen es der Jüdischen Gemeinde von Thessaloniki und dem

„Zug der Erinnerung“, nach der Wahrheit zu forschen.

Wir nehmen diese Provokation der DB AG und ihrer Eigentümerin an und werden die Tätererben mit den Tatsachen konfrontieren. Das Budget für unser Beweissicherungsverfahren ist noch nicht vollständig gedeckt. Es fehlen rund 3.000,- Euro. Auch wenn Sie größere Beträge nicht erübrigen können: Eine Gruppenspende ist ebenso willkommen - die Summe mehrerer kleiner Beträge aus Ihrem privaten oder gesellschaftlichen Umfeld! [...]

Spendenkonto:
Zug der Erinnerung e.V.
Kreissparkasse Köln
IBAN: DE60 3705 0299 0352 5503 92
BIC COKSDE33XXX

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 14. Juli

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt

► Der Wind dreht sich

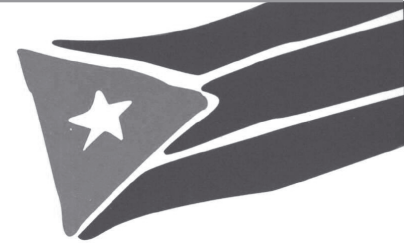
Beziehungen zwischen EU und Kuba: Statt Blockade Dialog und Kooperation

So »schnell wie möglich« wollen Kuba und die EU eine »Vereinbarung für politischen Dialog und Zusammenarbeit« unter Dach und Fach bringen. Das erklärten Vertreter beider Seiten am Dienstag nach ihrer vierten Verhandlungsrunde in Brüssel. Ob eine Einigung noch in diesem Jahr erzielt werden soll, wie vor den zweitägigen Gesprächen von Agenturen berichtet worden war, blieb allerdings offen. Man habe die wesentlichen Verhandlungen über ein Handelsabkommen praktisch abgeschlossen und in den Gesprächen zur Kooperationsvereinbarung, die sehr fortgeschritten seien, wichtige Ergebnisse erzielt, hieß es aus den Verhandlungsdelegationen. Sie vereinbarten, die Verhandlungen im September in Havanna fortzusetzen.

Dort waren die Gespräche im April letzten Jahres aufgenommen worden. Ziel ist ein Kooperationsabkommen, das den »Gemeinsamen Standpunkt der EU« ablösen soll, der 1996 auf Initiative des rechtskonservativen spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar beschlossen worden war und seitdem die Kuba-Politik der Europäer blockiert. In dem Dokument wird ein Systemwechsel auf der sozialistischen Karibikinsel zur Bedingung für die Aufnahme normaler Beziehungen gemacht. Kuba ist dadurch das einzige Land in Lateinamerika, mit dem die EU kein Kooperationsabkommen abgeschlossen hat. Während Länder wie Polen und Tschechien, aber auch die Bundesrepublik noch auf einer »harten Linie« gegenüber Kuba beharren, haben 15 der 28 EU-Länder bereits bilaterale Vereinbarungen mit Havanna abgeschlossen. Wie sein Schöpfer Aznar ist der »Gemeinsame

Standpunkt« faktisch schon Geschichte, was noch fehlt, ist dessen formale Beerdigung. Ein Kurswechsel der Europäer deutete sich Mitte letzter Woche beim Gipfeltreffen der 28 EU-Mitglieder mit den Vertretern der 33 Länder der »Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten« (CELAC) in der belgischen Hauptstadt an. Im Schlusskommuniqué kritisierten alle Teilnehmer die »exzessiven humanitären Auswirkungen« der seit 1962 von den USA aufrechterhaltenen Blockade »für das kubanische Volk«. Die Sanktionen würden auch »die legitime Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kuba, der Europäischen Union und anderen Ländern« behindern, heißt es in der Resolution.

Nach den jüngsten Besuchen zahlreicher europäischer Außenminister und des französischen Präsidenten François Hollande wird – vermutlich bereits im Juli – auch Frank-Walter Steinmeier als erster Außenminister der Bundesrepublik nach Havanna reisen. Die Einladung seines kubanischen Amtskollegen Bruno Rodríguez hat Steinmeier letzte Woche in Brüssel dankend angenommen. Im Auswärtigen Amt wird bereits mit Hochdruck am Reiseprogramm gefeilt. Steinmeier beendet damit eine diplomatische Blockade, mit der seine Vorgänger Guido Westerwelle und Joseph Fischer dem Ansehen der Bundesrepublik in Lateinamerika einen Bärendienst erwiesen haben. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kuba und der DDR wurden mit deren Ende ebenfalls abgewickelt, und Politiker der BRD-Regierungsparteien machen seit gut 15 Jahren einen Bogen um die Insel. Das war nicht im-



VNB unser Kooperations- u. Bildungspartner:
Verein Niedersächsischer **BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.



mer so. 1985 ließ sich zum Beispiel der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder in Havanna von Fidel Castro Ratschläge erteilen. Als frisch gewählter Bundeskanzler traf Schröder dann 1999 am Rande einer Konferenz in Rio de Janeiro erneut zu einem dreistündigen nächtlichen Gespräch mit dem Comandante en jefe zusammen. Exkanzler Willy Brandt, der Havanna 1984 als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale besuchte, pflegte seitdem mit Fidel Castro gar eine Duzfreundschaft. Und Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul holte bei einer Kuba-Visite im Mai 2000 nachts die mitgereisten Journalisten aus den Betten, um ihnen von einem vierstündigen Gespräch mit Fidel Castro zu berichten.

Der vorsichtige Steinmeier hat sich dagegen Mitte März erst einmal in Washington mit seinem dortigen Amtskollegen John Kerry beraten, der aber offenbar keine Einwände gegen einen Kuba-Besuch des bundesdeutschen Außenministers hat. So traut sich jetzt vielleicht auch die Regierung in Berlin, ihre Bremsenrolle gegenüber einer neuen Kuba-Politik der EU aufzugeben.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Neues aus der Feldmark!

Hast Du noch Sex oder golfst Du schon? Diese Frage hat unser scheinbar so vital wirkende Stadtrat sich gestellt und in erstaunlich ehrlicher Selbsteinschätzung beantwortet: Im Süden der Stadt, konkret auf dem Gelände der Südspange (und weiteren Quadratkilometern, so breit ist eine Straße ja auch nicht), soll ein 9-Loch Golfplatz entstehen.

Wo jetzt das Rapsfeld blüht und der eine oder andere Geismaraner Vierbeiner zur Defäkation geführt wird, werden künftig kleine, harte Bälle durch die Luft sausen, über ein Areal, welches den ökologischen Wert einer Gummimatte besitzt. Künstliche Sandhindernisse, klinisch reine, gewalzte Rasenflächen und geebnete Wege für Elektrokarren müssen dann nicht nur vor Passanten, schlimmer: vor bösartigen Feinden wie dem Löwenzahn oder dem Giersch geschützt werden, ganz zu schweigen vom Terroristen Nummer 1: dem Maulwurf (*Talpa europaea*)! Dieser wurde von einem offensichtlich golfhassendem Herrgott (Zitat: „Seid fruchtbar und mehret Euch!?) mit entsetzlich großen Schaufelhänden, der Fähigkeit, sich unterirdisch fortzubewegen und dem unbezwingbaren Drang zur Zerstörung von Rasenflächen ausgestattet. Da wird nur noch Gift helfen! Viel Gift! Im Norden der Feldhamster, im Sü-

den der Maulwurf – Göttingen ächzt unter dem Terror handtaschengroßer Tiere? was kommt noch? Ratten im Ostviertel? Waschbären in Grone? Pinguine in der Eiswiese? Zurück nach Geismar zu den Golfern: Etwa 15 Kilometer nördlich von Göttingen gibt es in Levershausen zwischen Nörten und Northeim eine 18-Loch-Anlage. Auch dort haben die gemeine Flora und Fauna keine Überlebenschance, dort gibt es aber genug Ökologie in nächster Umgebung und kaum Naherholungswillige Bürger mit Dackel. Es gibt dort sogar Bäume, von Golfern als willkommene Herausforderung und Schattenspendler gleichermaßen geschätzt. Ist es wirklich notwendig, mit den wenigen in Göttingen verbliebenen Steuergeldern für eine kleinste Minderheit einen nahezu untauglichen Golfplatz zu errichten und damit den Süden der Stadt abzuriegeln?

Eine gute Sportförderung sieht anders aus, man erkennt sie daran, dass sie real vorhandene Bedürfnisse befriedigt, einen Großteil der Bevölkerung eben nicht aussperrt, sondern diesem nutzt und ökologisch zumindest keine Vollkatastrophe darstellt. Insofern hoffen wir auf Einsicht beim Stadtrat, vielleicht fällt diesem ja doch noch irgendwie ein, wie man langweilige Abende mit anderweitigen Fitnessübungen vermeidet.

(stw)

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 07. Juli, 20:00 Uhr

„Wie umgehen mit Differenzen in kom. Parteien?“ Referent: Toto Lababidi

Dienstag, 21. Juli, 20:00 Uhr

„Was ist herausgekommen bei der IGM-Mitgliederbefragung?“ Referent: NN

Dienstag, 04. August, 20:00 Uhr

„Erkenntnis aus der IG-Metall-Mitgliederbefragung“, Referent: Jörg Miehe (angefr.)

Dienstag, 18. August, 20:00 Uhr

Grillen bei Gunnar, Adresse bei Anmeldung: g.siebecke@web.de

Dienstag, 01. September, 20:00 Uhr

Diskussion des Arbeitsplanes – Schwerpunkt: Kommunales

Veranstaltung:

Mittwoch, 15. Juli 2015, 19.00 Uhr Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 4

Lesung mit Angelika Limmroth

Das Leben der Jenny Marx geb. von Westphalen

Biographie von Angelika Limmroth, 303 S., 24,90 Euro, Karl Dietz Verlag, Berlin 2014

marxistisch · kritisch · analytisch



- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de



Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

▶ Haste mal ´n paar Millionen?

Der Kommunalpolitische Arbeitskreis (komm. AK) der Göttinger Linken (GöLi) befasste sich im Juni mit zwei Aspekten des undurchsichtigen und zweifelhaften Finanzgebarens der Stadt.

Sparkasse Göttingen

Bereits in der Auseinandersetzung um den knebelnden „Zukunftsvertrag“ der Stadt hatte die Ratsfraktion der GöLi die Forderung aufgestellt, dass -wie anderswo- aus den hohen Gewinnen der Sparkasse endlich Ausschüttungen an Stadt und Kreis erfolgen. Ratsmehrheit und Verwaltungsrat der Sparkasse wiesen dies scharf zurück. Der Sparkassenvorstand hingegen sieht seine gönnerhafte Förderung von Kultur und Sport, sowie die Steuerzahlungen der Sparkasse als ausreichenden Beitrag an die Allgemeinheit an.

Die Sparkasse als quasi mit Abstand größtes kommunales Unternehmen hat sich seit Krisenbeginn 2008 stark entwickelt. **Gewinne der letzten Jahre sind auf Rekordniveau: in 2014 kaum vorstellbare 27 Mio Euro** als Betriebsergebnis vor Steuer und Eigenkapitalzuführung. Schon zu der genannten Initiative der GöLi 2013 wurde als Argument der deutlich niedrigere Bilanzgewinn entgegen gehalten (in 2014 gleich 5,3 Mio Euro oder nur 20% des Betriebsergebnisses). Die Differenz erklärt sich aus Steuern und der Vorab-Verbuchung von Gewinnanteilen. Diese Buchung entspricht speziellen Regelungen für Sparkassen, ändert aber nichts daran, dass die Gewinne zweistellige Millionenhöhe erreichen. Da keine Gewinnanteile an die Kommunalhaushalte abgeführt wurden, erhöhte die Sparkasse das Eigenkapital in den letzten 8 Jahren um über 90 Mio Euro. Die Eigenkapitalquote stieg entsprechend und erfüllt alle sogenannten Basel III-Regularien. Die Ausführungen von Sparkassenvorstand und Ratsmehrheit, wonach der gesamte Gewinn aufgrund neuer Gesetzesanforderungen unbedingt bei der Sparkasse verbleiben muss, sind damit schlicht unrichtig.

Im AK wurden Zahlen größtenteils vergleichbarer Sparkassen dargelegt, die belegen, dass an anderen Orten durchaus Gewinnausschüttungen von Sparkassen erfolgen und dies in den letzten Jahren mit steigender Tendenz. Die Ausschüttungspraxis gilt ebenso in CDU-Gemeinden, wie unter SPD-BürgermeisterInnen. Für Göttingen könnte in Anlehnung an die Praxis anderer Städte die Mindestforderung lauten, je 1 Mio an Stadt und Kreis auszuschütten, bei unveränderter Geschäftslage durchaus mit steigender Tendenz. Der komm.AK fordert die Ratsfraktion auf, das Thema unbedingt wieder aufzunehmen.

Gesamt- oder Konzernabschluss der Stadt

Ein weiteres heißes finanzpolitisches Eisen ist die Vorschrift zum Gesamtabschluss der Stadt. Die niedersächsische Gemeindeordnung verpflichtet alle Kommunen bereits seit 2012 einen Gesamtabschluss aufzustellen. In diesem soll ausdrücklich ein Gesamtüberblick über die Finanzlage der Kommune erfolgen. Die Stadt soll mit all ihren Tochterfirmen (z.B: GoeSF, GWG, Stadtwerke) dargestellt werden wie eine rechtliche Einheit („Konzern“). Das Innenministerium sagt selbst: **„Gegenwärtig fehlt ein solcher Gesamtüberblick, auch weil teilweise viele kommunale Aufgaben von verselbständigten Aufgabenträgern wahrgenommen werden.“** Der Satz scheint wie für Göttingen gemacht! Das undurchsichtige Geflecht diverser GmbH's in Stadtbesitz verhindert schon im Ansatz einen Gesamtüberblick. Der Rat verwaltet nur noch Teile und hat sehr viel Macht abgegeben an Aufsichtsräte, die in nichtöffentlichen Gremien Millioneninvestitionen beschließen. Öffentlich heißt es dann wieder „kein Geld da“, was unüber-

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

FraktionsmitarbeiterIn:

N.N.

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 15. Juli, 19.00 Uhr
Rathaus Raum 112

Thema: KITA-Streiks – Ergebnisse
bzw. Stand der der Aktionen
Gäste: Kolleginnen von ver.di und
VertreterInnen des care-Bündnisses

prüfbar ist, wenn Stadthaushalt nur Teilhaushalt ist!

Transparenz kann der Gesamtabschluss bringen, die Pflicht diesen aufzustellen ignoriert die Stadt nun schon drei Jahre. Ob dies Unfähigkeit oder mangelnder Wille ist, konnte der AK nicht klären. Laut HNA vom 02.06.2015 erwartet das Innenministerium nunmehr bis 30.09. „[...] **die Vorlage des Gesamtabschlusses für 2012. Der Abschluss für 2013 soll bis Jahresende [...] vorliegen.**“

Eine Steilvorlage an die Ratsfraktion, immer wieder an die Vorlage des Gesamtabschlusses zu erinnern!

(Kabe)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Keine Kreismitgliederversammlung im Juli und August.

Veranstaltungen des Kreisverbandes:

Angriff auf das Streikrecht? Das Tarifeinheitsgesetz und die aktuelle Streikwelle in der BRD

Donnerstag, den 2. Juli, 19:00 Uhr, im Holbornsches Haus, Rote Str. 34, Göttingen

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit:

Winfried Wolf, Buchautor und Redakteur der ‚Streikzeitung‘ und ‚FaktencheckHellas‘
Heidrun Dittrich, Mitglied der betrieblichen Streikleitung des Streiks der Sozialarbeiterinnen und Erzieherinnen der Stadtverwaltung Hannover

Mitveranstalter: linksjugend [;solid] und attac

„TTIP/CETA/TISA sind Instrumente um den Neoliberalismus als alleiniges Gesellschaftssystem dauerhaft, weltweit zu implementieren“

Einstieg für Göttingen in die Mobilisierung zur Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin.
Vortrag und Diskussion **am Di, 14. Juli 2015, 19 Uhr** - Veranstaltungsort noch nicht bekannt

Referent: **Andreas Braendle**, Ökonom, Dozent für Arbeitsrecht, Mitglied des Landesvorstandes Die Linke Niedersachsen und Mitglied des Attac-Kokreises Hannover

Es gibt wohl keinen Bereich in der gesellschaftlichen Realität hierzulande, der von den Auswirkungen der geplanten Abkommen ausgenommen ist. So würde z.B. eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns wegen Minderung der Gewinnerwartung kassiert werden. Dasselbe würde für Verbesserungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gelten. Sie stünden Gewinnerwartungen im Wege und würden vor den geplanten Schiedsgerichten landen. Umwelt- und Verbraucherschutz erginge es ebenso.

Mitveranstalter: Naturfreunde Göttingen

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 14. September, 19:00 Uhr, Ort: Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Str. 2

Thema: Vorbereitung der Kommunalpolitischen Konferenz der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke am 10. Oktober (<http://www.goettinger-linke.de/aktuell/termine/>). Wir möchten gern darüber diskutieren, welche Themen wir für den Kommunalwahlkampf 2016 für bedeutsam halten. Daher wird um rege Teilnahme gebeten. Die Mitgliederversammlung ist wie immer öffentlich für Menschen mit und ohne Parteiausweis.

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 2. Juli, um 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“
Siebenturmstr. 9, Hann. Münden.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mögliche Termine bei Uli Maschke (Adressenspalte erfragen)

OV Rosdorf Mitgliederversammlungen

Dienstag, 7. Juli, 20:00 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Treffen der AKL Göttingen

Freitag, 24. Juli, 19:00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73

Freitag, 21. August, 19:00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73

Treffen der Sozialistischen Linken:

Mittwoch, 9. September, 19:00 Uhr, Ort noch offen, Schwerpunktthema: Kommunalwahl 2016

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail:SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann

ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Pressemitteilung der RLS Niedersachsen und des LKF Niedersachsen vom 14.06.2015
**„Schwarzfahren für alle?“ – Möglichkeiten und Grenzen
 eines entgeltfreien Öffentlichen Personennahverkehrs in Niedersachsen**

▶ Linker Fachkongress fordert Einstieg in das Bürgerticket

Hannover wurde 1969 bundesweit durch die rote Punkt-Aktion bekannt. Die Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV stand auf der Tagesordnung und wurde von der Bevölkerung im großen Maße unterstützt. Her aus kam zumindest ein einheitlicher Verkehrsverbund mit einer Einheitsfahrkarte von 50 Pfennig.

Heute kostet z.B. im Stadtgebiet der Einzelfahrschein 3,30 Euro, der jährlich weiter erhöht wird. Die Region Hannover bietet einen Sozialtarif an, der seinen Namen jedoch nicht verdient und weit der Entwicklung in anderen Städten, wie z.B. Köln, hinterherhinkt.

Grund genug, 46 Jahre nach dem Roten Punkt, gerade in Hannover einen neuen Aufschlag zu versuchen, so die Initiatoren des Kongresses, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, das Netzwerk Solidarische Mobilität, das Linke Kommunalpolitische Forum Niedersachsen und die Linke Ratsfraktion Hannover, deren stellvertretende Fraktionsvorsitzende Oliver Förste die rd. 50 Gäste am Wochenende im Rathaus begrüßte.

In ihrem Einführungsvortrag wies die Ökonomin Dr. Judith Dellheim von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin darauf hin, dass ein entgeltfreier ÖPNV kein politisches „Wünsch Dir was“ ist, sondern schon in 75 Städten auf der Welt realisiert wurde, so selbst in der estnischen Hauptstadt Tallin. Eine Realisierung sei einfacher, wenn sich das betreffende Unternehmen, so wie in Hannover die GVH, schon in öffentlicher Hand befände. Man müsse aufräumen mit dem Vorurteil, was nichts koste, sei nichts wert. Ein entgeltfreier ÖPNV führe zu erheblich mehr Lebensqualität.

Der Verkehrsplaner und Geograph Gregor Waluga vom bekannten Wuppertaler

Institut für Klima, Umwelt und Energie zeigte verschiedene Formen und Finanzierungsmöglichkeiten eines einheitlichen Bürgertickets auf und machte deutlich, dass sich ein solches Ticket für die Kommune „rechnen“.

Als Mann der Praxis präsentierte der Aufsichtsratsvorsitzende der Erfurter Verkehrsbetriebe Matthias Bärwolff das schon weit fortgeschrittene Konzept einer Flatrate für die ÖPNV-Nutzung in Erfurt in Höhe von 20 Euro pro Monat für alle Erfurter_innen über 18 Jahre. Das entspricht z.B. auch der Mobilitäts-pauschale für Hartz IV-Bezieher_innen. Umlenkungen im Stadthaushalt und bei den Landes- und Bundeszuschüssen für die Verkehrsinfrastruktur zugunsten des ÖPNV sind ein Bestandteil. Außerdem wird die Mobilität als Element der Daseinsvorsorge in der Thüringer Landesverfassung verankert. So lässt sich der einheitliche Tarif konstant halten, ohne dass der Stadthaushalt stärker belastet wird. Bereits jetzt wird an einzelnen Sonn- und Feiertagen das Konzept erprobt und verbessert. Spätestens zur Bundesgartenschau 2021 in Erfurt soll der Regelbetrieb erreicht sein.

Der Obmann der Linksfraktion im Bundestag im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur Herbert Behrens aus Osterholz berichtete, dass die derzeitige Politik der Bundesregierung voll auf neue Straßen statt den Öffentlichen Nahverkehr ausgelegt sei und dass sie sich weigere Verkehrsinfrastrukturmittel gezielt für ÖPNV-Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern auszuweisen. Sie verberge stattdessen an die Länder immer nur Pauschalbeträge, die von denen aber nur teilweise an die Kommunen weitergeleitet würden.

In der Abschlussdiskussion, die vom ehemaligen Linken Landtagsabgeord-

neten und derzeitigen Vorsitzenden der Rosa Luxemburg-Stiftung Viktor Perli aus Wolfenbüttel sowie von Dr. Michael Braedt aus Langenhagen vom Vorstand des Linken Kommunalpolitischen Forums geleitet wurde, ging es zum einen um die Realisierungsmöglichkeiten eines Bürgertickets auch in niedersächsischen Kommunen und die Grundsatzfrage ob ein Bürgerticket End- oder Etappenziel auf dem Wege zum entgeltfreien ÖPNV sei.

Die Veranstaltung erhielt dadurch noch eine zukünftige Würze, dass spontan Vertreter der Bewegung „Bewußt und Öffentlich schwarz fahren“ ihr originelles Konzept präsentierten, wie auf unorthodoxe Weise diese Idee in der Bevölkerung breiter verankert werden kann.

Als Resumee dieses rundum gelungenen Kongresses teilten Perli und Dr. Braedt mit, dass sie den Regionspräsidenten der Region Hannover vorschlagen werden, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Verkehrsbetriebe Erfurt für die Reihe „Region 2030“ einzuladen. „Was ist Erfurt möglich sei, müsste doch in der Roten Punkt-Stadt Hannover auch gelingen – am besten zum 50. Rote-Punkt-Jahrestag 2019“.

Die gesamten Tagungsunterlagen werden kurzfristig auf der website der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen unter www.nds.rosalux.de abrufbar sein. *(Ende der Presseerklärung).*

Und in Südniedersachsen?

Bereits am 8. März 2014 war bei einem LINKEN Regionstreffen zum ÖPNV im Naturfreundehaus über einen entgeltfreien ÖPNV diskutiert worden. Dieser sollte nicht nur die Stadt Göttingen, sondern möglichst ganz Südniedersachsen umfassen. Voraussetzung wäre aber ein kommunaler ÖPNV. Diesen gibt es nur in der Stadt Göttingen. Ein Antrag der LINKEN im Kreistag, den ÖPNV zu rekommunalisieren und die Buslinien nicht mehr auszuschreiben, war von den übrigen Fraktionen im Juli 2012 abgelehnt worden.

Dabei wird der ÖPNV vor allem auch im ländlichen Südniedersachsen mit öffentlichen Geldern, der Erstattung an die Busunternehmen für die Schülerbeförderung und Zuschüssen, betrieben. Der Zweckverband Verkehrsverbund Südniedersachsen bereitet einen neuen Nahverkehrsplan vor, der im Spätsommer 2016 in Kraft treten soll. Es gilt hier den kraft- und ideenlosen Verwalten eines schlechten Zustandes von Seiten der LINKEN Alternativen entgegenzusetzen. *ef*

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Verstetigung! Was geht uns das an? Ein Fall für den „Runden Tisch Grone“?

Nach Abschluss des Sanierungsprojektes in Grone-Süd und Grone-Nord wurde viel von „Verstetigung“ gesprochen: Die tatsächlich begonnenen Prozesse sollten sich weiterentwickeln, obwohl seitdem kein Geld mehr zur Verfügung steht. Aber das war – zumindest zu einem Teil – nur eine Form von Sozialprosa, wie sich jetzt herausstellt.

Die in Grone (Nord und Süd) ansässige Sparkasse und die ebenfalls dort ansässige Volksbank mögen diesen „frommen Wunsch“ der Gutmenschen im Rat und in der Verwaltung möglicherweise gelesen haben (oder auch nicht; das ist im Ergebnis völlig egal): Mit ihnen hat das ja nichts zu tun! Ihre sogenannte unternehmerische Freiheit lassen sie sich durch Sozialprosa nicht einschränken:

Die Sparkasse hat seit langem verkündet, dass sie ihre Filialen in Grone-Süd (Harzstr.) und Grone-Nord (St.-Heinrich-Str.) schließen wird, um an der Kasseler Landstraße einen Neubau zu beziehen. Nun hat auch die Volksbank nachgezogen: Die Filialen in Grone-Süd (Jonaplatz) und Grone-Nord (Backhausstr.) werden geschlossen, um in einem

Gebäude, ebenfalls an der Kasseler Landstr., zusammenzukommen. Betroffen sind also vier kleine Zweigstellen im unmittelbaren Einzugsbereich der Anwohner. Beide Kreditinstitute lassen sich offensichtlich von ihren betriebswirtschaftlichen Kalkulationen leiten.

Das hat natürlich Auswirkungen auf deren Kunden: Ältere Menschen müssen weiter laufen (sofern sie das können), die eher „nachbarschaftliche“ Beratungssituation in den relativ kleinen Filialen, die viele Menschen für den Alltag benötigen, wird in „großzügig bemessenen Schalterhallen“ auf- (oder besser unter-) gehen. Klare Aussage: Auf diesen Teil des Klientels verzichten sie, die bringen nichts ein!

Noch schlimmer sieht es an den Standorten der alten Filialen aus: Am Jonaplatz in Grone-Süd sind bereits das Netc@fé und die Beratungsstelle BIWAQ verschwunden und haben einem „Facility-Service“ (neudeutsch für Hausverwaltung und Hausmeisterei) sowie dem Ableger eines Pflegedienstes Platz gemacht. Beides keine Institutionen, die etwas mit dem Jonaplatz selbst, oder mit dessen Belegung zu tun haben. Nun macht auch noch die Volksbank dicht! Bekommt Grone-Süd nun endlich eine eigene Spielhalle?

Die Sparkasse in der Harzstr. Wird auch dort einen weiteren Leerraum schaffen: Zwei der vier Ladenlokale in dieser Ecke sind bereits leer.

Beim Weggang der Sparkasse aus der St.-Heinrich-Str. bleibt dann nur noch das griechische Lokal – umrahmt von anderen, leer stehenden Geschäftsräumen.

So wird die mit vielen Millionen finanzierte Quartiersarbeit, die ja auch gute Erfolge vorzuweisen hatte, hier ad absurdum



Die Volksbank am Jonaplatz

geführt: Verwaiste Ladenlokale statt kommunikationsfördernde Geschäfte. Die Entwicklung zur Schlafstadt ist um ein gutes Stück vorangekommen!

Was sagen eigentlich die Sozial- und auch StadtentwicklungsplanerInnen zu dieser Entwicklung? Welche Antworten haben der Rat und/oder die Verwaltung auf diese, einer Verstetigung gegenläufigen, Prozesse? Endet Stadt- und Sozialplanung prinzipiell mit dem Auslaufen von Drittmittelprogrammen?

Muss / sollte der „Runde Tisch Grone“ wiederbelebt werden, wo Anwohner ihre Befürchtungen und auch Fragen im gemeinsamen Gespräch einbringen können? Die Bürgerfragestunde im Ortsrat mit ihren eher ritualisierten Antworten ohne jede Diskussionsmöglichkeit führt da nicht weiter!!

(isug)



Die Sparkasse in der St.-Heinrich-Str.



Liebe Leserinnen und Leser,

Ihr lest gerade unsere Doppelausgabe Sommer 2015 der GÖLINKE. Ratsfraktion. Die letzten Monate waren ereignisreich – viele politische Fragen erfordern Antworten von uns LINKEN. In den letzten Ausgaben haben wir uns mit der Aufnahme von Flüchtlingen, der Förderung von Sport und Kultur und anderem mehr befasst.

Im Rat der Stadt Göttingen konnten wir im Juni zwei Erfolge feiern: Zum einen konnten wir Erreichen, dass sich der Rat hinter die Streikenden im Sozial- und Erziehungsdienst stellt und zum anderen wird sich die Stadt Göttingen am Gedenken zum 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki beteiligen. Zu beiden Themen im Folgenden mehr...

- Fraktion Göttinger Linke
- Neues Rathaus, Zi. 196
- Hiroshimaplatz 1-4
- 37083 Göttingen
- tel 05 51-4 00 24 99
- fax 05 51-4 00 20 79
- goelinke-fraktion@goettingen.de
- www.die-linke-goettingen.de

Solidarität mit den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst – lautete einer unserer Anträge in der Junisitzung des Rates der Stadt Göttingen. Wir haben unseren Antrag im Vorfeld mit VertreterInnen der Streikenden und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di abgestimmt und den Entwurf bei Protestaktionen verbreitet. Das Feedback war außerordentlich positiv und dazu beigetragen, dass Bewegung auch in die Ratsfraktionen kam und sich vor der Ratssitzung damit auseinandergesetzt wurde. Das führte dazu, dass SPD und Grüne den Antrag in geänderter Form unterstützen wollten. Da wir überdieses ‚Kompromiss‘ nicht alleine entscheiden wollten, nahmen wir unmittelbar vor der abschließenden Beratung Kontakt mit Streikenden und ver.di auf und entschieden gemeinsam, welche der Kompromissvorschläge wir mittragen würden.

Im Ergebnis haben wir damit im Rat der Stadt Göttingen mit unserem Antrag eine breite Mehrheit finden können, die ein deutliches Signal sowohl an die streikenden Kolleginnen und Kollegen und ver.di als auch an andere Kommunen sendet, damit die Arbeitenden in den angeführten Berufsgruppen künftig zu besseren Bedingungen arbeiten. Leider verhinderten gerade die ‚Grünen‘, dass unser Vorschlag zur Verhinderung von Leiharbeit im Antrag bleibt. Ihre ‚Argumentation‘ ging in die Richtung, dass es nicht auf der Tagesordnung stünde. Die CDU/FDP Gruppe unterstellte dem Antrag einen Eingriff in die Tarifautonomie. Alles in allem war unser Antrag und die Debatte darum ein voller Erfolg. Die Wortlaute der Anträge findet Ihr dokumentiert auf der HP der Stadt Göttingen, wenn das Protokoll der Ratssitzung eingestellt worden ist.

70 Jahre Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki – Göttingen gedenkt der Opfer und fordert die Abschaffung jeglicher Atomwaffen – so lautete der zweite Antrag unserer LINKEN Fraktion in der vergangenen Ratssitzung. Wir forderten zum einen: *Die Stadt Göttingen führt zeitnah zum 06. August 2015 eine Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe (...)* auf dem Hiroshimaplatz durch und zum anderen: *Die Verwaltung prüft zu diesem Anlass, ob es im Stadtgebiet eine Möglichkeit gibt, einen Platz in ‚Nagasakiplatz‘ um oder neu zu benennen.* Der Rat der Stadt Göttingen folgte unserem Antrag einstimmig. Wir schlugen als Platz den neuen zwischen der sog. ‚Sparkassenarena‘ und der noch zu bauenden Basketballtrainingshalle vor. Wir LINKE haben mit diesem Antrag als Friedenspartei erreichen können, dass die Mitgliedschaft unserer Stadt im ‚Hiroshima-Nagasaki-Städtebündnis‘ immer wieder von neuem mit Leben gefüllt wird. Der Antrag hat gerade vor den aktuellen Hochtourenbestrebungen der Atomwaffen an trauriger Aktualität gewonnen. Es liegt an uns allen, jetzt aktiv zu bleiben, an der Gestaltung der Gedenkveranstaltung, an der ausdrücklich Vertreter der Göttinger Friedensbewegung eingebunden werden sollen, Einfluss zu nehmen. Was die Frage der Platzbenennung angeht, so sollten wir kreativ an die Sache herangehen... Der volle Wortlaut unseres Antrages ist ebenfalls auf der HP der Stadt Göttingen zu finden – wie alle Unterlagen öffentlicher Sitzungen.

Förderung des Sozialen Wohnungsbaus – das ist ein Thema, das uns auch bereits seit Jahren beschäftigt und wieder in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird. Wir haben uns in den letzten Jahren immer wieder in die Debatten eingemischt und vor einigen Monaten einen entsprechenden Antrag in die Diskussion getragen. Da das Thema des Notstands des bezahlbaren Wohnraums akut ist, lässt es sich nicht mehr wegdiskutieren. Immer mehr Menschen finden keine bezahlbaren Wohnungen, immer mehr Menschen müssen immer mehr ihres Geldes für Wohnraum ausgeben, dabei fehlt es dann auch an allen anderen Ecken und Enden. Auch in der letzten Ratssitzung mussten wir uns erneut mit dieser Problematik befassen. Aus unserer Sicht ist es notwendig, aktiv an der Diskussion um den neuen Flächennutzungsplan teilzunehmen, zu den öffentlichen Bürgerforen hinzugehen und sich einzumischen. Das ist bisher nicht in ausreichendem Maße geschehen. Darüber hinaus sind wir in Gesprächen mit weiteren außerparlamentarischen Gruppen zum Thema. Wir möchten für die Ratssitzung im Juli 2015 einen Antrag und eine Anfrage zu diesem Themenkomplex ankündigen. Die Frage der Nutzung von Liegenschaften in vermeintlichen Industriegebieten ist ein Punkt davon. Hierbei suchen wir die Zusammenarbeit unter anderem mit der AG Flüchtlinge und Wohnen der Partei DIE LINKE. im Rahmen der Kampagne ‚Das muss drin sein‘.

Gut ist, dass in den letzten Wochen wieder vermehrt Menschen an der Fraktionsarbeit teilgenommen und uns und unsere kontinuierliche Arbeit unterstützt haben. Das macht Mut für die Zukunft! Nehmt an den öffentlichen Sitzungen teil! Kommunalpolitik macht wirklich Spaß und fordert uns, LINKE Politik greifbar für die Menschen vor Ort zu machen!

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

► Expansion - Assoziation - Konfrontation: EUropas Nachbarschaftspolitik, die Ukraine und der Neue Kalte Krieg gegen Russland

Vorabdruck des Vorworts von Sabine Lösing aus der gleichnamigen Broschüre

Angesichts der Hysterie, mit der derzeit über das Verhältnis zu Russland hier im Westen diskutiert wird, fällt es manchmal schwer, das richtige Maß zu finden. Auf der einen Seite kann tatsächlich niemand die russische Politik ernsthaft vorbehaltlos gut heißen. Dies betrifft zuerst natürlich Teile der Innenpolitik, doch auch außenpolitisch bedient sich Russland einer Machtpolitik, die vonseiten der Friedensbewegung im Falle der westlichen Staaten immer völlig zu Recht scharf kritisiert wurde. Dennoch halte ich es andererseits für richtig und wichtig, hier Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln – schließlich war es der Westen und nicht Russland, der mit seiner NATO-Expansionspolitik die Chance auf eine dauerhafte Annäherung in den Wind schlug. Doch von der Tatsache, dass der aktuellen Krise in der Ukraine eine jahrelange anti-russische Einkreisungspolitik vorausging, die den eigentlichen Nährboden der jüngsten Eskalation darstellt, will hierzulande kaum jemand etwas wissen.

Auch genügt es bei weitem nicht, mit dem Finger allein auf die „böse“ USA zu zeigen. Sicher hat Washington einen großen Anteil an der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland. Allerdings trug hierzu auch die vor allem von Deutschland forcierte EU-Expansionspolitik und das mit ihr zusammenhängende Assoziationsabkommen mit der Ukraine maßgeblich bei. Ferner müssen die Auseinandersetzungen in der Ukraine in einem breiteren Zusammenhang einer sich erneut anbahnenden Blockkonfrontation gesehen werden, die brandgefährlich ist. Rückt der Westen hier nicht von seinem Vormachtanspruch ab, indem er beginnt, zentrale russische Interessen zu respektieren, droht tatsächlich eine Neuauflage des Kalten Krieges. Wie gefährlich die Lage ist, zeigt etwa der Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ vom 5. Dezember 2014, in dem 60 Prominente mit deutlichen Worten warnten: „Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung

und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten.“

Einen Krieg will vielleicht tatsächlich kaum jemand, obwohl ich mir da angesichts des Säbelrasselns einflussreicher Hardliner manchmal nicht so sicher bin. Manchmal hat es gerade im Europaparlament den Anschein, als könnte es vielen meiner Kolleginnen und Kollegen gar nicht schnell genug gehen, einen Neuen Kalten Krieg mit Russland vom Zaun zu brechen. Ein breiter Konsens existiert aber in jedem Fall darin, allein Russland für die Situation verantwortlich zu machen. So heißt es etwa in einem Entschließungsantrag, den die Mehrheit der EU-Parlamentarier im Januar 2015 verabschiedete: „Das Europäische Parlament [...] verurteilt Russlands aggressive Expansionspolitik auf das Schärfste, die die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine bedroht und auch für die EU eine potenzielle Bedrohung ist und zu der die rechtswidrige Annexion der Krim und der nicht erklärte hybride Krieg gegen die Ukraine sowie der Nachrichtenkrieg zählen.“ An keiner Stelle des Antrags werden selbstkritische Töne angeschlagen – und sei es auch noch so leise.

Stattdessen erleben wir seit einiger Zeit gerade in den Medien eine Propagandaoffensive, die einem buchstäblich den Atem verschlägt. Eine der wenigen Ausnahmen ist das Handelsblatt, in dem Chefredakteur Gabor Steingart als einer der wenigen Vertreter der Massenmedien zu Besonnenheit mahnte: „Jetzt wieder Nato-Einheiten an die polnische Grenze zu verlegen und über eine Bewaffnung der Ukraine nachzudenken ist eine Fortsetzung der diplomatischen Ideenlosigkeit mit militärischen Mitteln. Diese Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-Politik – und zwar immer an der Stelle, wo die Wand am dicksten ist – bringt Kopfschmerzen und sonst nicht viel. Dabei gibt es im Verhältnis Europas zu Russland in der Wand eine große Tür. Und der Schlüssel zu dieser Tür heißt Interessenausgleich.“

So richtig Schritte in diese Richtung wären, sie würden eine ehrliche Debatte über die tatsächlichen strategischen und ökonomischen Interessen hinter dem Konflikt und im Verhältnis zu Russland erfordern – doch davon ist weit und breit nichts zu sehen. Etwas positiver stimmt hier Stimmung in der Bevölkerung, die sich ganz und gar nicht hinter die Hardliner in der Russland-Politik stellen will, wie diverse Umfragen belegen. Doch gerade weil die Propagandafrent von Politik und Medien dennoch nahezu lückenlos ihre Version der Realität verbreitet, ist es dringend erforderlich, hiergegen mit alternativen Informationen anzuarbeiten. Die vorliegende Broschüre soll hierzu einen bescheidenen Beitrag leisten.

Das Inhaltsverzeichnis der Broschüre kann vorab im Internet eingesehen werden: <http://www.sabine-loesing.de/article/375.expansion-assoziationskonfrontation-europas-nachbarschaftspolitik-die-ukraine-und-der-neue-kalte-krieg-gegen-russland.html>

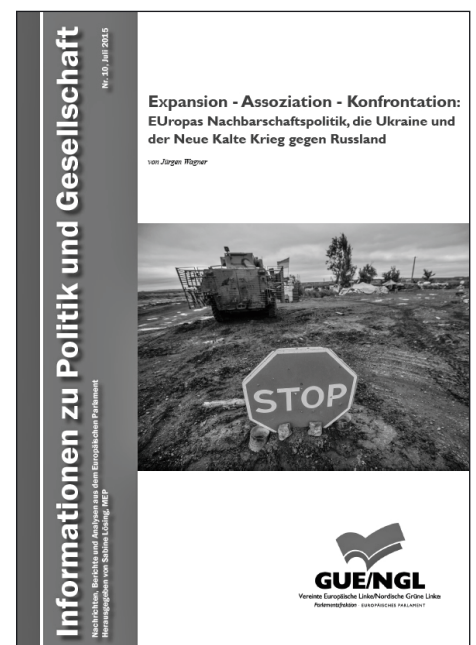
Die Broschüre kann ab Juli kostenlos im Europabüro Sabine Lösing bestellt werden:

Europabüro Sabine Lösing
Goseriede 8
30159 Hannover
Tel.: 0511-45008852
hannover@sabine-loesing.de

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer



DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen

► Kreistagsfraktion: Integrationsbeirat des Kreises Göttingen

Dieses Gremium ist anders als in der Stadt Göttingen, nicht von Migrantinnen und Migranten gewählt, sondern von Seiten des Kreistages bestimmt. Im gehören 18 Personen an, darunter der

Integrationsbeauftragte Isa Sandiraz, zehn Personen aus den Landkreisgemeinden und sieben Vertreter_innen der im Kreistag vertretenen Parteien. Zukünftige Vertreterin der LINKEN ist

die aus Kasachstan stammende **Nelli Piechaczek**, die in einer sozialen Einrichtung arbeitet. Die Mitgliedschaft im Beirat würde dann bereits Ende Oktober nächsten Jahres enden. Es ist dann unklar, ob die Mitglieder wieder durch den Kreistag berufen werden oder durch die Migrant_inn_en gewählt werden.

Neben Nelli ist auch der Rosdorfer Genosse **Azad Onal** Mitglied des Integrationsbeirates. Er wurde allerdings als Rosdorfer stellvertretender Bürgermeister und Vorsitzender der Ezidischen Gemeinde auf der Liste der von dem Integrationsbeauftragten vorgeschlagenen zehn Mitglieder gewählt. *ef*

► Partnerschaft für Demokratie

Von Seiten des Bundesfamilienministeriums gibt es das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“. Dieses sieht auf kommunaler Ebene den Aufbau eines „Netzwerkes aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft“ für Demokratie und gegen „Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ vor. Aufgrund der braunen Untriebe im Harz war im Landkreis Osterode ein ähnliches Pro-

jekt in den letzten fünf Jahren gefördert worden.

Gemeinsam mit Osterode wird in den nächsten fünf Jahren im Landkreis mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums daran gearbeitet werden können, die Vernetzung der demokratischen Akteure und die demokratische Beteiligung zu verstärken. Auch soll es um Gewaltprävention bei für menschenfeindliches

Gedankengut anfälligen Jugendlichen gehen.

Im Kreis Osterode konnte tatsächlich eine deutliche Schwächung der Naziszene erreicht werden.

Zur Begleitung dieses Projektes wird am 1. Juli ein Beirat gewählt. Neben verschiedenen institutionellen Vertretern wie der Gleichstellungsbeauftragten, dem Integrationsbeauftragten und anderen werden auch von den Kreistagsfraktionen Mitglieder benannt. Wir haben hier **Michael Kaufmann** vorgeschlagen. *ef*

► Beschluss der KMV am 15. Juni 2015 zur Göttinger Linken

1. Die KMV der Partei DIE LINKE. Göttingen unterstützt die Beteiligung des Kreisverbandes an der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke auch für die kommenden Kommunalwahlen.

Wahl- und Aktionsbündnisse von Parteien und weiteren politischen Gruppen und Einzelpersonen aus dem Bereich der gesellschaftlichen Linken unseres Landkreises unterscheiden sich grundsätzlich von Regierungskoalitionen mit rot-grünen Kürzungs- und Kriegsparteien. Solche Regierungskoalitionen hat der Landesparteitag abgelehnt und lediglich eine Unterstützung von fortschrittlichen Einzelmaßnahmen rot-grüner Regierungen auf Bundes-, Landes oder Kommunalebene zugelassen.

2. Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke soll ebenso wie die Partei Die Linke eine erkennbare Wahlalternative und nicht ein Anhängsel oder Mehrheitsbeschaffer für Parteien aus der großen Koalition und den Agenda-2010-Parteien sein.

Die KMV Die Linke fordert die Göttinger Linke und deren Abgeordnete dazu auf, im Stadtrat, den Ortsräten und in der Öffentlichkeit nicht als ‚soziales Korrektiv‘ sondern als Oppositionsbündnis für die Interessen der lohnabhängigen und arbeitslosen Mehrheit der Bevölkerung aufzutreten.

3. Die Sprecher*innenräte der Ortsverbände und der Wähler*innengemeinschaft sind bei öffentlichen Erklärungen dazu verpflichtet, die demokratischen Basis-

sentscheidungen der beteiligten Organisationen zu respektieren und ihnen insbesondere nicht vorzugreifen.

4. Die Partei Die Linke nominiert ihre KandidatInnen für den Sprecher*innenrat der Wähler*innengemeinschaft.

5. Mitglieder der Partei Die Linke, die über die Wähler*innengemeinschaft gewählt werden, bleiben der Partei DIE LINKE. (dem KSR und der KMV) und der Wähler*innengemeinschaft gegenüber verantwortlich.

Die zuständigen Gremien der Partei und der Wähler*innengemeinschaft entscheiden über die Beurteilung eventuellen Fehlverhaltens.

6. Die KMV empfiehlt der nächsten Mitgliederversammlung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke eine Anpassung der Anzahl der Mitglieder von Die Linke im Sprecher*innenrat der Wähler*innengemeinschaft an die Proportion der Mitgliederzahlen der beteiligten Organisationen.

▶ Beim Streik der Kolleginnen und Kollegen der Erziehungs- und Sozialberufe geht es um weit mehr als um eine erforderliche Tarifierhöhung

Eine grundsätzliche Neu- und Höherbewertung im Sinne einer längst überfälligen besseren Eingruppierung im allgemeinen Tarifsysteem stellt hier die zentrale und berechnigte Forderung dar. Dieser Dienstleistungsbereich, der überwiegend von Frauen ausgefüllt wird, wurde und wird immer noch eher nach einem Verständnis „christlich, sozialer und/oder moralischer Berufung“ eingestuft und entlohnt. Es handelt sich aber um Berufe, die eine besondere Qualifikation erfordern, lange Ausbildungszeiten voraussetzen und

ein hohes Verantwortungsbewusstsein erfordern.

Als jemand, der selbst über 30 Jahre in der Ausbildung von Erzieherinnen und Heilpädagoginnen tätig war (und dafür mit einem akzeptablen Lehrergehalt bezahlt wurde), ist mir das Versagen der gesellschaftlichen Anerkennung und einer gerechten Entlohnung der Menschen in den Erziehungs- und Sozialberufen immer wieder deutlich dokumentiert und vor Augen geführt worden. Es mag sein, dass es auch ein Merkmal vieler

Erzieherinnen und Sozialarbeiter/innen ist, geduldig und langmütig zu sein und dass dies viel zu lange ausgenutzt wurde. Jetzt ist es aber endgültig an der Zeit, ihnen die gesellschaftliche Anerkennung, und auch die Einstufung und Bezahlung zukommen zu lassen, die ihnen schon seit jeher gebührt hätte. Mein Respekt und meine Solidarität gilt sowohl ihrer Arbeit, als auch dem berechtigten (und seit langem notwendigen) Streik für ihre Rechte und ihre gesellschaftliche Wertschätzung. Und ich bitte auch die vom Streik in den Kindertagesstätten betroffenen Eltern weiterhin um ihr Verständnis und die Unterstützung für die streikenden Kolleginnen. Nicht auch zuletzt im Interesse ihrer und nachfolgender Kinder.

(gn)

▶ TTIP, Sondergerichte und die SPD

„Mit uns wird es kein Freihandelsabkommen geben, wenn weiterhin auf die Sondergerichte bestanden wird“, so sinngemäß Bernd Lange MdE/SPD auf einer Veranstaltung zu TTIP vor einem halben Jahr in Göttingen. Der gleiche Bernd Lange leitete als Vorsitzender die Abstimmung im EU-Handelsausschuss über den Bericht zum EU-USA Handelsabkommen.

Sozialdemokraten und mit Christdemokraten sprachen sich unisono für den geplanten Investorenschutz aus. Auch die sogenannte Negativliste, die massive Eingriffe in öffentliche Dienstleistungen befürchten lässt wurde durchgewunken. Da schwafelt Gabriel noch etwas von einem Gerichtshof deren Richter von den USA und der EU ernannt werden, um die SPD-

Basis zu besänftigen. Währenddessen winken seine Genossen/innen in Brüssel (/sicher nicht ohne sein Wissen und seine Zustimmung) im Interesse der GroKO gegen große Teile der SPD-Mitglieder und noch größere Teile der Bevölkerung den Bericht mit kleinen kosmetischen Änderungen durch. Oppermann wird's freuen, hat er sich doch schon auf dem Unterbezirksparteitag der SPD-Göttingen deutlich vom Mehrheitsbeschluss seiner Genossen/innen gegen wesentliche Teile von TTIP distanziert.

(gn)

▶ Die Krise Griechenlands: Eine Rache-story in mehreren Bänden

Petros Markaris hat mehrere Krisenkrimis geschrieben, die in Athen seit 2010 spielen. Zur sozialen Absturzszenerie im Hintergrund der Ermittlungen seines Kommissars Kostas Charitos gehören Menschen, die sich aus Müllleimern versorgen, Migranten, die von Neofaschisten gejagt und ermordet werden, Familien, die ihre Wohnungen verlieren oder am Essen sparen, Rentner, die im Flughafengebäude »wohnen« und Wutausbrüche, täglicher Protest. Charitos, den Markaris seit zwei Jahrzehnten Mordfälle aufklären lässt, landet bei seinen Fahrten zu Tatorten, Zeugen oder Verdächtigen ständig in Straßen, die wegen Demonstrationen gesperrt sind. Politische Organisationen, die Widerstand organisieren, kommen

allerdings nicht vor. Zu Deutschland, EU oder Frau Lagarde vom Internationalen Währungsfonds herrscht Galgenhumor. Motto: Gegen die kann keiner.

Rache gilt in den Charitos-Bänden fast allein den inländischen Krisenversachern, was für Markaris heißt: Die griechische Geschichte der vergangenen Jahrzehnte kommt ins Spiel. Die Plots rühren direkt aus ihr her, von Kollaboration und Widerstand im Zweiten Weltkrieg über den von den Westmächten angeführten Bürgerkrieg zur Vernichtung des kommunistischen Widerstandes bis zur von der »freien Welt« gestützten brutalen Militärdiktatur zwischen 1967 und 1974 – ein unerschöpfliches Reservoir für Mordmotive und für die Rache-story von

Markaris in mehreren Bänden. Er schreibt jedenfalls in seinem Essayband »Finstere Zeiten« (2012): »Für mich besteht kein Zweifel daran, dass die politischen Eliten von der frühen Nachkriegszeit bis heute die Hauptschuld für den Zusammenbruch des Landes tragen. Sie haben durch ihre Klientelmentalität das Land an den Rand des Abgrunds gebracht.« Das reicht für jede Art von tödlicher »Abrechnung« – wie die im gleichnamigen Band mit der Generation, die durch den Studentenaufstand vom 17. November 1973 zwar das Ende der Diktatur einleitete, aber seither, so meint der Mordansteller, nur noch »kassierte«.

*Petros Markaris:
Abrechnung. Ein Fall für Kostas Charitos. Diogenes Verlag, Zürich 2013,
336 Seiten, 22,90 Euro*

Von Arnold Schölzel, junge welt 20.06.15